



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Glaser, Heinrich: Die fürstlichen Gegner Bismarcks im ersten Jahre seines  
Ministeriums

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die fürstlichen Gegner Bismarcks im ersten Jahre seines Ministeriums

Von Dr. Heinrich Glaser-Weimar



In den fünfziger Jahren hat Bismarck einmal erklärt: wenn der König gescheite Minister haben wolle, dann müsse er die acht jüngsten Premierleutnants des 1. Garderegiments z. F. nehmen. Wilhelm der Erste hat diese Probe nicht gemacht; aber Bismarck zum Minister zu nehmen, ist ihm auch schwer geworden. Er sah in ihm den früheren politischen Gegner, der während des Krimkrieges den König Friedrich Wilhelm den Vierten im Gegensatz zu der Auffassung des Prinzen bestimmt hatte, den Kampf mit Rußland zu vermeiden. Dann war ihm die rücksichtslose Persönlichkeit und das Burschilose, Flatterhafte seines Wesens, wie es der König bezeichnete, nicht sympathisch. Schließlich blieb ihm aber, wenn er auf die Heeresreorganisation nicht verzichten wollte, nur zweierlei übrig: Abdankung oder Bismarck. Die Abdankungsurkunde hatte der König auf dem Tische liegen, als er mit Bismarck verhandelte. Nach einleitenden Bemerkungen stellte er an Bismarck die Frage, ob er bereit sei, als Minister für die Militärreorganisation einzutreten, auch gegen die Majorität des Landtages und seiner Beschlüsse. Auf Bismarcks Zusage erklärte er schließlich: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdicire nicht.“

Mit der Ernennung Bismarcks zum Minister am 23. September 1862 begann der Kampf. Wild loberte, der Haß auf. Die Erinnerung an den rücksichtslosen Junker und Konservativenführer vom Vereinigten Landtag und vom Erfurter Parlament war noch zu lebendig. Man suchte die früheren Jahrgänge des Kladderadatsch hervor und pußte die alten Wize neu heraus. Da vertilgte er Städte vom Erdboden und zog im Krebspanzer des Rückschrittlers, Anute und Stammbaum in der Hand, neben Ludwig von Gerlach und

Stahl zur Welteroberung für Junker und Pfaffen einher. Serviler Landjunker, eingefleischter Aristokrat, Jagdbummelr, Spieler, das waren die Rosenamen, mit denen man ihn zierte. Den Geist, der aus Bismarcks Reden sprudelte, verglich man mit Sodawasser, und über seine Staatskunst fällten die politischen Tagesgrößen, wie Birchow, Simson, Sybel u. a. in unfehlbarem Kathederton vernichtende Urteile. Simson nannte Bismarcks Politik das Gelegenheitsgedicht eines Mannes, der kein Dichter ist. Und das war noch eine höfliche Äußerung. Man prophezeite ihm, daß er dereinst im Zuchthaus für den preußischen Staat werde Wolle spinnen müssen. Todesurteile, auch ein hübsch eingepackter Strick zum Hängen wurden ihm zugesandt. Und er verkehrte mit scheinbar unerschütterlichen Nerven amtlich mit allen Menschen, Gegnern wie Freunden, mit einem Humor und einem Sichgehenlassen, das an seine stürmische und burschikose Studentenzeit erinnerte. In der Umgebung des Königs kam die Meinung auf, Bismarck betrachte Angriffe und Verteidigung als Sport, den Verkehr mit dem Parlamente lediglich als eine Komödie, bei der er sich amüsiere. Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen schreibt: „Im Jahre 1863, in Gastein, ward er einst wütend und wollte den Kladderadatsch verbieten, weil er darin als Karikatur auf der Jagd abgebildet war. Ich stellte ihm vor, daß, wenn er sich darüber ärgere, er ja gerade seinen Feinden einen Gefallen tue, denn das sei ihr Zweck. ‚Das ist einerlei‘, sagte er wütend, ‚in meiner Politik mag man mich anfeinden, da lache ich nur darüber. Aber bei der Jagd, da hört der Spaß auf, da wird's Ernst.“ Je ärger er angefeindet wurde, je schärfer er antworten konnte, um so besserer Laune ward er. Wenn die Redner im Landtage am lautesten donnerten, schrieb er am liebsten seine Privatbriefe; so einmal an Motley, seinen republikanischen Universitätsfreund, indem er die charakterisierte, die ihn in der Kammer bekämpften. „Dumm in seiner Allgemeinheit ist nicht der richtige Ausdruck; die Leute sind, einzeln betrachtet, zum Teil recht geistreich meist unterrichtet, regelrechte deutsche Universitätsbildung; aber von der Politik über Richturinteressan hinaus wissen sie so wenig, als wir Studenten davon wußten, ja noch weniger. In der auswärtigen Politik sind sie auch einzeln genommen Kinder, in allen übrigen Fragen aber werden sie kindisch, sobald sie in corpore zusammentreten, massenweise dumm, einzeln verständig.“ Im Verkehr ist Bismarck seinen politischen Gegnern zuweilen absichtlich höflich entgegengetreten, und es verursachte ihm reine Freude, wenn ihnen die Galle in die Augen trat. So stand er über seinen Feinden in der Kammer, so fand er sich mit ihnen ab.

Das waren auch seine weniger gefährlichen Gegner; viel bedenklicher waren die fürstlichen Personen in der nächsten Umgebung oder der Verwandtschaft des Königs, die in Bismarcks Berufung ein Unglück erblickten.

In erster Linie ist hier die Königin Augusta zu nennen. Sie war es ja gewesen, die ihren Gemahl in der Zeit des Krimkrieges in westmächlichem Sinne beeinflusst und in eine Art Oppositionsstellung zu seinem Bruder gedrängt hatte.

Ihre Vorliebe für alles Französische und Englische, ihre Abneigung gegen alles Russische, die bei der Tochter Maria Paulownas schwer zu erklären ist, war schuld daran. Doch hören wir Bismarck selbst. „Die Prinzessin Augusta hat aus ihrer weimarischen Jugendzeit bis an ihr Lebensende den Eindruck bewahrt, daß französische und noch mehr englische Autoritäten und Personen den Einheimischen überlegen seien. Sie war darin echt deutschen Bluts, daß sich an ihr unsere nationale Art bewährte, welche in der Redensart den schärfsten Ausdruck findet: das ist nicht weit her, taugt also nichts. Trotz Goethe, Schiller und allen anderen Größen in den elyseischen Gefilden von Weimar war doch diese geistig hervorragende Residenz nicht frei von dem Alp, der bis zur Gegenwart auf unserem Nationalgefühl gelastet hat, daß ein Franzose und vollends ein Engländer durch seine Nationalität und Geburt ein vornehmeres Wesen sei als der Deutsche, und daß der Beifall der öffentlichen Meinung von Paris und London ein authentischeres Zeugnis des eigenen Wertes bilde als unser eigenes Bewußtsein.“

Bismarck hatte aus seiner Hinneigung zu Rußland oder vielmehr aus seiner Überzeugung, daß die Drähte zwischen Berlin und Petersburg nicht durchschnitten werden dürften, nie ein Hehl gemacht. Damit war schon für den Gegensatz zwischen ihm und der Königin das Fundament geschaffen. Dies verstärkte sich in demselben Maße, in dem der König dem Einfluß Bismarcks nachgab. Und sie war eine gefährliche Gegnerin. Es hatte sich die Gewohnheit herausgebildet, daß sie ihrem Gemahl beim Frühstück Vortrag hielt unter Vorlegung von Briefen und Zeitungsartikeln, die zuweilen eigens für den Zweck redigiert waren. Besonders der frühere Minister des Auswärtigen Schleinitz, der 1885 als Hausminister der Kaiserin Augusta gestorben ist, hat sich das zweifelhafte Verdienst erworben, auf diesem Wege Bismarck entgegen gearbeitet zu haben.

Der Einfluß der Königin hat Bismarck bei verschiedenen Gelegenheiten schwere Sorgen bereitet. Ihr Widerstand gegen seine Ernennung war zwar erfolglos geblieben, doch bereits in den ersten Wochen seines Ministeriums zeigte sich die Wirkung ihrer Gegnerschaft. Der König hatte sich am 30. September 1862, dem Geburtstag seiner Gemahlin, nach Baden-Baden begeben. Von dort kam er in sehr gedrückter Stimmung zurück; denn während des achttägigen Aufenthaltes war er über das Thema: Polignac, Strafford, Ludwig der Sechzehnte, in ausgiebiger Weise unterhalten worden. Bismarck war dem König auf seiner Rückreise bis Züsterbog entgegengefahren, um ihn über einige Äußerungen aufzuklären und zu beruhigen, die von ihm in den Kommissionsitzungen getan und von der Presse verbreitet worden waren. Es handelte sich um das Blut- und Eisen-Rezept und um Bismarcks Erklärung, daß Preußen im Interesse Deutschlands eine viel zu starke Rüstung für seinen schmalen Leib trage. Doch gleich bei Beginn seiner Ausführungen unterbrach der König den Minister, wie uns Bismarck selbst berichtet, wie folgt: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man

Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir.“ Als er schwieg, antwortete ich mit der kurzen Phrase „Et après, Sire?“ — „Ja, après, dann sind wir tot!“ erwiderte der König. „Ja,“ fuhr ich fort, „dann sind wir tot, aber sterben müssen wir früher oder später doch, und können wir anständiger umkommen? Ich selbst im Kampfe für die Sache meines Königs und Eure Majestät, indem Sie Ihre königlichen Rechte von Gottes Gnaden mit dem eigenen Blute besiegeln, ob auf dem Schafott oder auf dem Schlachtfelde, ändert nichts an dem rühmlichen Einsetzen von Leib und Leben für die von Gottes Gnaden verliehenen Rechte. Eure Majestät müssen nicht an Ludwig den Sechzehnten denken; der lebte und starb in einer schwächlichen Gemütsverfassung und macht kein gutes Bild in der Geschichte. Karl der Erste dagegen, wird er nicht immer eine vornehme historische Erscheinung bleiben, wie er, nachdem er für sein Recht das Schwert gezogen, die Schlacht verloren hatte, ungebeugt seine königliche Gesinnung mit seinem Blute bekräftigte? Eure Majestät sind in der Notwendigkeit zu fechten, Sie können nicht kapitulieren, Sie müssen, und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Vergewaltigung entgegentreten.“

Diese Worte und die weiteren Ausführungen machten tiefen Eindruck auf den König. Er fühlte sich bei dem Portepée gefaßt und in der Lage eines Offiziers, der die Aufgabe hat, einen bestimmten Posten auf Tod und Leben zu behaupten, gleichviel ob er umkommt oder nicht.

Vor dem Kriege 1866 wurde der König auf den Teeabenden der Königin im Sinne des Friedens bearbeitet. Aus ihrer Umgebung wurden die Zeitungen und besonders die Spenerische Zeitung, die der König las, beeinflusst und mit friedenslehrenden Artikeln und Gedichten beglückt, die sich gegen den unseligen Bruderkrieg richteten. Der Legationsrat Meyer, der Unterstaatssekretär der neuen Frau Gruner und der bereits erwähnte politische Vertraute der Königin Schleinitz taten alles, um Bismarcks Vorgehen zu lähmen und zu durchkreuzen. Es dauerte damals lange, bis der Minister seinen königlichen Herrn über den Graben hatte, und man versteht die Empörung Noons, seines treuen Freundes, der sich über die Haus- und Familienwanzen beklagt, die sich in den königlichen Schlössern eingenistet hätten und den König in ungünstigem Sinne zu beeinflussen suchten. Auch in den Emscher Tagen vor Beginn des Krieges 1870 spielten die Tränen und Briefe der damals in Koblenz weilenden Königin eine nicht unbedeutende, wenn auch noch nicht ganz aufgeklärte Rolle. Von ihrer heißen Friedenssehnsucht war jedenfalls die französische Regierung unterrichtet; denn an dem Hofe der preussischen Königin befand sich ein französischer Vorleser Gérard, der höchstwahrscheinlich französischer Spion war. Jedenfalls erhielt er nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste der Königin die diplomatische Vertretung Frankreichs in einem der Balkanstaaten. Neben ihm war Benedetti bei der Königin persona grata. Einer Einladung der Königin entsprechend, hatte er wenige Tage vor seiner Reise nach Ems in Koblenz seine Aufwartung gemacht. Das Auswärtige Amt in Berlin hatte diesem Besuch besondere Beachtung geschenkt.

Daß die Kaiserin Augusta während des Kulturkampfes zu Bismarcks Gegnern zählte, hatte nicht nur seinen Grund in ihrer persönlichen und politischen Abneigung gegen Bismarck, sondern vor allem in der Vorliebe für die katholische Kirche und ihre Würdenträger, die im letzten Grunde nach Bismarcks Meinung durch den Gedanken beeinflusst war: evangelisch ist jeder dumme Junge; katholisch ist viel vornehmer.

Viel deutlicher als der Gegensatz der Königin Augusta zu Bismarck trat die Opposition des Kronprinzen zutage.

Im September 1855 hatte sich Prinz Friedrich Wilhelm auf der schottischen Heide in romantischer Weise mit der fünfzehnjährigen Prinzessin Viktoria von England verlobt. Es war nach der Zeit des Krimkrieges. Die Empörung in England über Preußen war groß; denn Friedrich Wilhelm der Vierte hatte sich nicht bestimmen lassen, für die Engländer die Kastanien aus dem Feuer zu holen und Rußland in Polen anzugreifen, wodurch die englische Kraftentfaltung auf der Krim unnötig geworden wäre. Darum hatte auch die Times für das geplante Ehebündnis nur beispiellos schöne Äußerungen übrig. Die Hohenzollern wurden als die klägliche deutsche Dynastie bezeichnet, die den Sturz des russischen Einflusses nicht überleben würde. Von dem jungen Prinzen ward behauptet, daß er als Vasall Rußlands in unterwürfiger Dienstbarkeit dem Leber seines kaiserlichen Herrn beiwohnen müsse.

Als zwei Jahre ins Land gegangen waren, hatte sich die Stimmung in England gründlich geändert. Man glaubte Grund zu der Annahme zu haben, daß der bisherige französische Bundesgenosse sich Rußland näherte; und da England stets die Bajonette wenigstens einer festländischen Großmacht braucht, lag der Gedanke nahe, Preußen, wo wegen der Krankheit des Königs die Thronbesteigung Wilhelms, des Freundes des Prinzgemahls von England, in naher Aussicht stand, als englischen Bundesgenossen zu gewinnen und das Ehebündnis der Familien zu einem politischen Bündnis der Völker zu erweitern. Der Gedanke fand in beiden Familien lebhaften Widerhall, besonders bei der damaligen Prinzessin Augusta auf der einen, dem Prinzgemahl Albert auf der anderen Seite. Die Prinzessin Augusta schrieb damals: „Gott segne diese Verbindung für die geliebten Kinder, für unsere Familie und für das arme deutsche Vaterland, das sich naturgemäß nur im Bündnis mit England aus seiner jetzigen Lage erheben kann.“ Der Prinzgemahl hat bei seiner sympathischen Stellungnahme auch nicht nur an das englische Interesse gedacht. Der frühere Koburgische Prinz, der so oft unter dem stolzen Hochmut der englischen Lords zu leiden hatte, sah in der Einigung Deutschlands auf freiheitlicher Grundlage ein erstrebenswertes politisches Ziel; er hat seinem vertrauten väterlichen Freunde Ernst von Stockmar und seinem Bruder gegenüber in Briefen und im Gespräch oft dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß dazu in der Verbindung mit England die naturgemäße Voraussetzung liege. Durch Beeinflussung des jugendlichen Prinzen Friedrich Wilhelm

von Preußen suchte der Prinzgemahl für die möglichst lange Dauer eines solchen Bündnisses die Garantie zu schaffen. Die Beeinflussung des Prinzen in dem Sinne, daß England auf dem Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Lebens eine führende Stellung einnehme, für das Verfassungsleben in seinen parlamentarischen Einrichtungen das Vorbild enthalte und als Bundesgenosse in jedem Falle Rußland vorzuziehen sei, war nicht schwer; denn in seinen eindrucksfähigsten Jahren hatte der Prinz aus dem Munde der Eltern, die damals zu der russenfreundlichen Politik des Königs in scharfem Gegensatz standen, ähnliche Gedankengänge gehört. Zudem war der Prinzgemahl eine klare, geistig hochbedeutende Persönlichkeit, die dem Prinzen, bei dem das Gemüt den Verstand überwog, weit überlegen war. Mit Genugtuung stellte der Prinzgemahl bei seinem ersten Besuch, den er dem jungen Paar in Babelsberg machte, fest: „Er ist fest in seinen konstitutionellen Grundsätzen, er verabscheut das Ministerium Manteuffel, und die Kühle, mit der Prinz und Minister sich begegnen, war unverkennbar.“ Und wenige Monate vor seinem Tode schreibt er: „Sollte er auf den Thron kommen, so bin ich sicher, er wird das konstitutionelle System annehmen und gründlich durchführen.“

Wohl auch, weil der englische Prinzgemahl seine Tochter kannte, hat er dieser Überzeugung so entschiedenen Ausdruck verliehen. Stolz erklärte er, der den Unterricht selbst geleitet hatte, sie habe eines Mannes Kopf und eines Kindes Herz; auch seinen kleinen Minister hat er sie genannt. Ein so fühler Beobachter wie Stockmar erwartete von ihr Großes und hielt sie für ganz außergewöhnlich begabt. Einen scharfen, schnellen Verstand, eine rasche Auffassungsgabe rühmte man ihr auch in Deutschland nach. Aber besonders wichtig für ihre spätere Stellung war es, daß sie mit lebhafter Genugtuung die hohe Bedeutung und die außergewöhnliche Begabung ihrer Nation empfand. In ihrem Herzen ist sie immer die englische Prinzessin geblieben, und darum erschienen ihr auch die englischen Einrichtungen ideal. Sie hat aus ihrer Meinung, daß man die Parteien wie in England regieren lassen müsse, nie ein Fehl gemacht, wohl auch erklärt, sie selbst gehöre zur liberalen Richtung.

Aber nicht nur der Einfluß seiner Gemahlin bestärkte den Kronprinzen in der in ihm begründeten freisinnigen politischen Auffassung, auch die Anschauungen seiner Ratgeber und Freunde waren auf denselben Ton gestimmt. Die loburgisch-englische Politik hatte gut dafür gesorgt, daß der Kronprinz nur schwer andere politische Melodien zu hören bekam. Der frühere Leibarzt der Königin von England und der vertraute Freund und Berater der verschiedenen Mitglieder der großen loburgischen Familie hatte auch hier seine Hand im Spiele. Auf seine Veranlassung setzte sich der Kronprinz mit dem bekannten Historiker Max Duncker, Stockmars Freund und Gesinnungsgenossen, in Verbindung. Duncker, der bei Beginn der neuen Ära, vor allem auf Betreiben des Herzogs von Koburg, als vortragender Rat dem Ministerpräsidenten Fürsten Hohenzollern attachiert worden war, arbeitete für den Kronprinzen politische

Denkschriften aus und entwickelte auf zahlreiche Anfragen hin in politischen Angelegenheiten seine Anschauungen. Am 6. Juni 1861 trat er in die Umgebung des Kronprinzen ein; der Vortrag bei ihm wurde seine amtliche Aufgabe. Neben Duncker nahm der jüngere Stockmar, der Sohn des vorhin genannten, als Privatsekretär der Kronprinzessin eine einflußreiche Stellung ein. Bald wurde auch der damalige Legationsrat des Herzogs von Koburg, der spätere Minister des Herzogs von Augustenburg, Samwer, am kronprinzlichen Hof als gern gesehener Gast und Berater empfangen. — Diese Persönlichkeiten gehörten sämtlich der gothaischen Partei an. In ihrem Programm stand Einigung Deutschlands durch Preußen. Aber die Erreichung des Zieles hielten sie nur dann für möglich, wenn Preußen moralische Eroberungen in Deutschland mache, mit anderen Worten, wenn es in der Ausbildung einer freisinnigen Verfassung, in der Durchführung des reinen Parlamentarismus allen deutschen Staaten vorangehe. Abkehr von Rußland und enge Verbindung mit England erschien ihnen als notwendige politische Begleiterscheinung. Dann werde die öffentliche Meinung befriedigt sein. Denn in der öffentlichen Meinung, die sich in der Presse spiegelte, erkannten sie eine Großmacht. Sie glaubten an die Berechtigung der Redensart: *Il y a quelqu'un qui a plus d'esprit que monsieur Talleyrand c'est tout le monde.* Welch ein Gegensatz zu Bismarck mit seinem konzentrierten Preußentum, seiner Abneigung gegen die parlamentarische Regierungsform, mit seiner Verachtung der öffentlichen Meinung! Man schieße auf den Feind mit Pulver und Blei, nicht mit öffentlicher Meinung, so ließ er Vennigsen sagen, der vor 1866 die Ansicht vertrat, Preußen könne wegen der widerstrebenden öffentlichen Meinung nicht Krieg führen.

In Bismarck, dem Junker mit seinen reaktionären Anschauungen und seinen russischen Sympathien, sah diese um den Kronprinzen gescharte Gruppe von Politikern ihren Erzfeind. Alles bot sie auf, ihn nicht ans Ruder kommen zu lassen. Neben seiner eigenen Überzeugung bestimmten Duncker auch die Sorge und Klagen der Königin über die nach der Kreuzzeitungspartei hinübergleitende Politik des Königs, den Fürsten von Hohenzollern zu bewegen, auf seinem Posten zu bleiben und für das liberale Programm einzutreten. Ablehnend schrieb dieser zurück: „Die Erkenntnis der eigenen Kraft und Tüchtigkeit muß vorherrschen, und das fehlt mir. Die Überzeugung, die ich von meiner Unzulänglichkeit habe, ist das Bleigewicht, das ununterbrochen bis heute auf meiner Stellung gelastet hat.“

Der Kronprinz erhielt die Nachricht von Bismarcks Ernennung in Reinhardtsbrunn, wo er zum Besuch beim Herzog von Koburg weilte. Über die Stellung, die er diesem Ereignis und der dadurch geschaffenen Lage gegenüber einnehmen sollte, war man in seiner Umgebung geteilter Meinung. Stockmar und Samwer vertraten die Anschauung, jetzt, nachdem die Sache sich so zugespitzt, käme alles darauf an, daß der Kronprinz von Preußen sich zurückziehe und eine Sonderstellung einnehme, damit er nicht mit der Regierung identifiziert

werde. Denn nach der Meinung dieser Herren, die übrigens von weiten Kreisen geteilt wurde, mußte das Wirken des reaktionären Ministeriums revolutionäre Erhebungen in Preußen im Gefolge haben. Als die Stellung Bismarcks dem polnischen Aufstand gegenüber die Erregung der Gemüter noch verschärft hatte, zweifelte man nicht an dem baldigen Ausbruch der Revolution. In einer Denkschrift, die Samwer dem Kronprinzen im März 1863 übergab, suchte er darzutun, die Revolution sei unvermeidlich und stehe in der That unmittelbar vor der Thür. Dem Kronprinzen wurde die Rolle zugebracht, in diesem Falle an die Spitze der Fortschrittspartei zu treten, um die Dynastie zu retten. Man begnügte sich jedoch nicht damit, die Lage recht schwarz zu malen, vielmehr trug Samwer zu ihrer Verschärfung durch persönliches Eingreifen bei. Als er im Winter 1863 in Berlin war, äußerte er, das Abgeordnetenhaus habe sich schon viel zu viel gefallen lassen, man hätte in Preußen von Rechts wegen schon längst Revolution machen müssen. Jetzt aber bleibe in der That nichts anderes mehr übrig. Dunder versuchte demgegenüber den Kronprinzen zu bestimmen, nicht eine Reserve aus Pessimismus zu üben, sondern den König zu warnen und seine entgegengesetzte Anschauung in amtlicher Weise zum Ausdruck zu bringen. In keinem Fall aber dürfe er öffentlich Opposition machen oder einen versteckten Krieg durch die Presse führen lassen; das widerspreche seiner Würde.

Der Kronprinz, der die Überzeugung von der gefährlichen Bedeutung des Bismarckschen Ministeriums für Staat und Dynastie teilte, entschied sich gegen seinen vortragenden Rat. Er beschloß, die Einwirkung auf die Entschlüsse seines Vaters aufzugeben und sich von den Staatsangelegenheiten möglichst zurückzuhalten. Die Drohung des Königs, er werde eher abdanken als in der Militärfrage nachgeben, hatte ihn entwaffnet. Unmittelbar nach der Ernennung Bismarcks begab sich das kronprinzliche Paar nach dem Süden. In Marseille traf es mit dem Prinzen von Wales, dem späteren König Eduard dem Siebenten, zusammen, und mit ihm durchkreuzte es auf der englischen Königsjacht das Mittelmeer; erst kurz vor Weihnachten kehrte es in die Heimat zurück. Schon im März folgten die kronprinzlichen Herrschaften wieder einer Einladung nach England. Die Königin Viktoria hatte sie dorthin gerufen, um sie der, wie man glaubte, unmittelbar bevorstehenden Revolution zu entziehen. Dort wurde der Kronprinz mit Briefen und Denkschriften bestürmt. Man warb um ihn aus dem Lager des Fortschritts; man beschwor ihn aus dem entgegengesetzten Lager, den Thron durch die Umkehr zu den Feudalen zu retten. Noch beantwortete der Kronprinz auch die Anschreiben der ihm näher stehenden Oppositionspartei mit kühlen Empfangsschreiben, in geeigneten Fällen mit deutlichem Abwinken. Dies vermochte noch der Einfluß Dunders. Doch bereits wenige Wochen später trat der Kronprinz aus seiner Zurückhaltung heraus.

Er war nach seiner Rückkehr nach Berlin zu einer militärischen Inspektionsreise nach dem Osten der Monarchie aufgebrochen. Vor der Abreise hatte er den König gebeten, irgendwelche Dekretierungen zu vermeiden. Doch

schon am Tage darauf veröffentlichte der Staatsanzeiger die berüchtigte Verordnung, welche die Freiheit der Presse zerstörte. Der Kronprinz war äußerst aufgebracht, daß eine solche Maßregel ohne seine Zustimmung, ja gegen seinen Willen getroffen worden sei. Gerüchte, daß weitere Erlasse gegen Beamte und Vereine beabsichtigt seien, daß Bismarck geraten habe, die Stellvertretung, wenn sie, wie es damals schien, durch des Königs Gesundheit notwendig werden sollte, auf den Prinzen Friedrich Karl zu übertragen, steigerten seine Erregung, und so entschloß er sich schließlich nach heftiger Gemütsbewegung, lebhaft unterstützt von seiner Gemahlin, seinen Gegensatz gegen das Ministerium Bismarck vor aller Welt kund zu tun. Den letzten Anstoß gab der Oberbürgermeister von Danzig, Herr von Winter, der früher als Polizeipräsident von Berlin mit der Umgebung der Königin Augusta Fühlung gehabt hatte. Er drang in den Kronprinzen, bei seiner Anwesenheit in Danzig für die verlebte Verfassung einzutreten; jetzt oder nie sei die Gelegenheit geboten, der Öffentlichkeit seine wahre politische Stellung zu enthüllen. Er machte es dem Kronprinzen leicht, eine Erklärung abzugeben; denn in seiner Begrüßungsansprache bedauerte er, daß es die Verhältnisse nicht gestatteteten, der Freude der Stadt über die Anwesenheit des Kronprinzen ihren vollen, lauten Ausdruck zu geben. Der Kronprinz ging in seiner Antwort auf diese Bemerkung ein und sagte u. a.: „Auch ich beklage, daß ich in einer Zeit hergekommen bin, in welcher zwischen Regierung und Volk ein Zerwürfnis eingetreten ist, welches zu erfahren mich in hohem Grade überrascht hat. Ich habe von den Anordnungen, die dazu geführt haben, nichts gewußt. Ich war abwesend. Ich habe keinen Teil an den Ratschlägen gehabt, die dazu geführt haben.“ Exemplare der Danziger Zeitung mit dem Bericht über den Vorgang wurden überallhin versandt. Die Worte des Kronprinzen erhielten sofort die weiteste Verbreitung und erregten im Inland und Ausland das größte Aufsehen. Die Fortschrittspartei hatte ihren Zweck erreicht. Auf die ernstesten Vorhaltungen des Königs hin bat zwar der Sohn den Vater um Verzeihung wegen seines Schrittes, betonte jedoch zugleich, daß er ihn mit Rücksicht auf seine und seiner Kinder Zukunft nicht unterlassen zu können geglaubt habe, und stellte schließlich die Entbindung von allen seinen Ämtern anheim. Des Königs Antwort gewährte ihm die erbetene Verzeihung, übergang seine Beschwerden über den Minister und sein Entlassungsgesuch und machte ihm für die Zukunft Schweigen zur Pflicht.

Es war ein Glück, daß der erzürnte Vater den Vorstellungen Bismarcks, der aus Staatsraison Milde empfohlen, nachgegeben hatte. Denn wie sehr es der englisch-burgischen Politik und der Fortschrittspartei darauf ankam, den Gegensatz im königlichen Hause zu verschärfen und den Kronprinzen womöglich zum Märtyrer zu machen, beweisen die mannigfachen Veröffentlichungen, die sich an den Vorgang angeschlossen. Durch einen wohlberechneten Vertrauensbruch aus der Umgebung der Königin oder des Kronprinzen wurde die Korrespondenz zwischen Vater und Sohn in der Times

veröffentlicht. Von verschiedenen Seiten suchte man den Kronprinzen weiter zu treiben. Selbst die Königin Viktoria bedauerte es höchlichst, daß sich ihr Schwiegersohn nicht viel entschiedener gegen die Regierungsmaßregeln ausgesprochen hatte, und machte Vorschläge, deren Durchführung den Kronprinzen in die schärfste Opposition gegen den König gebracht hätte.

Am 30. Juni richtete der Kronprinz einen Brief an Bismarck und verurteilte dessen ganze Politik in starken Ausdrücken. Er erklärte darin ferner, er werde den König bitten, so lange dieses Ministerium im Amte sei, sich der Teilnahme an den Sitzungen desselben enthalten zu dürfen. Bei diesem Schreiben haben wohl auch die Koburger Freunde Pate gestanden. Denn kurz vorher hatten die Grenzboten einen von Gustav Freytag, dem Vertrauten des Koburger Herzogs, verfaßten Artikel gebracht, in dem diese Erklärung des Kronprinzen als Wunsch ausgesprochen war\*). Man wolle den Kronprinzen nicht als Parteiführer, heißt es in dem Artikel, sondern sei mit seiner stillen Bundesgenossenschaft zufrieden; aber er müsse es verschmähen, unter dem gegenwärtigen System im Räte der Minister zu sitzen, nicht länger dürfe er dem Zwang des militärischen Disziplinarverfahrens unterliegen, um nicht im Falle einer Revolution in einen Konflikt der Pflichten zu geraten.

Daß aber der Kronprinz entschlossen war, der vollzogenen Schwenkung treu zu bleiben, beweist der Brief, den er am 14. Juli an Duncker schrieb: „Ich will kein Oppositionsführer sein, auch bin ich kein Freund Walbecks und seiner Genossen; aber ich denke nicht daran, die Freisinnigen, mit denen die Altliberalen leider jetzt nicht mehr zusammengehen, als Feinde anzusehen.“ Sie aber waren gerade die größten Feinde Bismarcks.

So war im Juli des Jahres 1863 die Lage ernst genug. Weite Kreise waren gegen das reaktionäre Ministerium leidenschaftlich erregt. In der Kammer hatte es nur eine verschwindende Anzahl von Freunden. Über das jährliche Budget hatte man sich nicht geeinigt. Der gesetzlose Zustand in der Staatsverwaltung dauerte fort. Und dazu befanden sich die Königin in ausgesprochener Opposition gegen Bismarck und der Kronprinz in Verbindung mit seinen Gegnern, die dadurch eine wertvolle moralische Unterstützung erhalten hatten. Ja, es schien sogar, als sei das Ministerium Bismarck eine Gefahr für die Stellung Preußens in Deutschland und in Europa. Denn die Führer der nationalen Bewegung in Deutschland, die gerade in der letzten Zeit wieder in Fluß gekommen war, ließen mehr und mehr die Hoffnung fahren, daß von Preußen eine Förderung der deutschen Sache zu erwarten sei. Und so war es dahin gekommen, daß entweder der Gedanke, sich selbst zu helfen, an vielen Stellen Sympathien fand oder die Meinung Platz griff, nur von einem tatkräftigen Vorgehen Österreichs könne Besserung erwartet werden.

\*) Grenzboten 1863, Heft 24 vom 12. Juni, S. 431 bis 434: „Die Otfroyierungen und die Stellung des Thronfolgers in Preußen.“

Zu dieser Umwandlung der Stimmung in den nationalen Kreisen hatte der Herzog von Koburg, Ernst der Zweite, der unter den fürstlichen Gegnern Bismarcks im ersten Jahre seines Ministeriums einen hervorragenden Platz einnimmt, durch sein Eingreifen besonders beigetragen.

Er war damals der Chef des koburgischen Hauses, das in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts durch eine kluge Heiratspolitik eine bedeutende Stellung errungen hatte. Sein Onkel Leopold, der — nach Treitschke — an der Spitze des Koburger internationalen fürstlichen Heiratsbureaus gestanden, war König von Belgien, ein anderer war Regent in Portugal. Sein Bruder hatte sich mit der Königin von England vermählt; von diesem Mittelpunkt aus waren andere Fäden gesponnen worden. Die internationale Stellung seines Hauses und die mannigfachen Beziehungen, die sich daraus ergaben, benutzte der Herzog, um eine große politische Rolle zu spielen. Seine beiden Herzogtümer mit ihren hundertundfünfzigtausend Einwohnern und seine Kriegsmacht von zwei Bataillonen gaben ihm dazu kein Recht; aber er schöpfte es aus seiner geistigen und politischen Begabung, die er selbst sehr hoch einschätzte. Doch bald zeigte sich, daß diese Begabung kein genügend solides Fundament für seine ehrgeizigen Pläne war. Der Herzog besaß weder den weiten Blick, noch die kraftvolle Energie, die nötig sind, große Ziele zu erfassen und durchzuführen. So nahm seine Politik bald einen unstäten, abenteuerlichen Charakter an. Zuerst sympathisierte er mit Napoleon dem Dritten und begrüßte ihn als erster deutscher Fürst in den Tuileries; dann stellte er sich auf Preußens Seite und begeisterte sich für den Unionsgedanken Friedrich Wilhelms des Vierten, der eine scharfe Frontstellung gegen Österreich bedingte; schließlich suchte er sich in Wien als Bundesgenosse und politischer Freund zu empfehlen und Stimmung gegen Preußen zu machen. Einen politischen Seit tänzer hat ihn einer seiner vielen politischen Gegner genannt. Daß eine solche Persönlichkeit bald bei den verschiedenen Regierungen auf Mißtrauen stoßen mußte, ist begreiflich. Als er nach dem Tode seines Bruders auch die englische Politik in Privatbriefen an die Königin Viktoria regelmäßig mit guten Ratschlägen unterstützen wollte, teilte ihm die Königin mit, sie habe seine Briefe dem Minister des Auswärtigen übergeben, und von ihm erhielt der Herzog die wenig verbindliche Erklärung: England habe seine eigenen diplomatischen Agenten im Auslande und brauche keine anderen. Doch als sich ihm die offiziellen Regierungen mehr oder minder versagten, schlug er andere Bahnen ein. Mit der ihm eigenen Gewandtheit trieb er Hintertreppenpolitik und suchte anderseits die große Masse für sich, den wahrhaft liberalen Fürsten, zu begeistern. In den weitesten Kreisen hatte denn auch sein Name einen guten Klang. Schon im tollen Jahre 48 war die Begeisterung, die man ihm entgegenbrachte, so groß, daß er an seinen Bruder, den Prinzgemahl von England, glaubte schreiben zu müssen: Wenn er nur wolle, sei es ihm ein leichtes, an die Spitze eines viel größeren Teiles von Deutschland zu treten, als das beabsichtigte Weimarische Königreich sei. Ob er wollte? Sein von ihm entlassener

Kabinettssekretär Bollmann, der bössartige Pamphlete gegen den Herzog veröffentlichte, behauptet, daß seine ehrgeizigen Ziele einen hohen Flug genommen, und unter den deutschen Emigranten in England war die Meinung verbreitet, daß Ernst der Zweite Kaiser von Deutschland werden möchte und könnte.

Als Bismarck Minister wurde, stand der Herzog auf dem Gipfel der Volksgunst. Die schroffe Opposition des Abgeordnetenhauses in der Militärvorlage erhielt ihr Rückgrat durch die den stehenden Heeren oder wenigstens der Vermehrung der stehenden Heere feindliche Volksstimmung; nicht zum wenigsten war sie in den letzten zwei Jahren durch den Nationalverein, der in dem Herzog von Koburg seinen geistigen Vater sah, gefördert worden. Der Nationalverein war ja ursprünglich als eine Organisation gedacht, die Preußen in seinem Streben nach Vollendung der deutschen Einheit unterstützen und die jagenden Regierungen und Fürsten mit fortreißen sollte. Er war ein Kind der neuen Ära, die Ernst der Zweite mit so großen Erwartungen begrüßt hatte, weil er bei den engen Beziehungen, die ihn und seinen Bruder mit dem Prinzregenten von Preußen verbanden, einen Einfluß auf die preußische Politik erhoffte. Da kam die Schwenkung des Regenten nach der konservativen Seite, und Hand in Hand damit ging das Bestreben des Herzogs, den Verein zuerst von Preußens Interesse loszulösen und dann mehr und mehr in eine gegensätzliche Stellung hineinzutreiben. Er war es, der besonders durch Verhandlungen mit Schulze-Delitzsch, den bekannten preußischen Fortschrittsabgeordneten, dafür sorgte, daß in das Statut des Vereins nicht die mindeste bestimmte Erklärung über die Art und Weise der Vereinigung Deutschlands aufgenommen wurde. Er empfahl wiederholt, nicht immer auf Preußen Rücksicht zu nehmen, vielmehr nach unten, mit den Turner-, Schützen- und Sängervereinen, Fühlung zu suchen und sich durch diese Vereine zu verstärken. Nachdem die Führer des Nationalvereins, Bennigsen, Georgi und Kallenbach, mit dem Herzog konferiert hatten, veröffentlichte sein Vorstand im Mai 1861 einen scharfen Protest gegen die preußische Politik und forderte auf jedem Gebiet der Wehrhaftmachung Deutschland zur Selbsthilfe auf. Wenige Tage darauf ward beschlossen, ein Exerzierreglement und ein Gutachten über die Organisation von Wehrvereinen durch den Druck zu veröffentlichen. Und auf der dritten Generalversammlung des Vereins in Heidelberg einigte man sich dahin: Der Nationalverein wird in jeder ihm möglichen und gesetzlich zulässigen Weise die Bildung von Wehrvereinen in Deutschland fördern; er wird hierbei insbesondere auf die Gleichmäßigkeit in Ausrüstung und Ausbildung ohne ängstliches Festhalten an Kleinigkeiten und Nebensächlichem — dazu rechnete man den Parademarsch und andere Mittel militärischer Erziehung — hinarbeiten. Es war die Vorbereitung der bewaffneten Revolution in aller Form. Geplant war eine Mobilmachung der Massen; die Vereine sollten die Stämme des Volksheeres bilden.

Die Gedanken, die der Nationalverein in verhältnismäßig kleinem Kreise erörterte, wurden in die Massen geworfen bei den großen Nationalfesten, den

Turner-, Sänger- und Schutzenfesten, die Anfang der sechziger Jahre allenthalben das öffentliche Interesse lebhaft in Anspruch nahmen. Auch hier stand der Herzog als Protektor oder Ehrenpräsident im Vordergrunde.

Daß das Auftreten des Herzogs, seine Rede und sein Verkehr mit den preußischen Oppositionsfuhren in Berlin tief verstimmt, ist durchaus verständlich. Besonders war die Meinung der militärischen Kreise begreiflich, daß eine Persönlichkeit, die dazu beitrage, die preußische Armee in ihren Grundfesten zu erschüttern, nicht Chef eines ihrer Regimenter sein könne. Der König ließ sich zwar zu einem so entschiedenen Schritt wie der Streichung des Herzogs aus der Heeresliste nicht bestimmen; aber ernste Vorhaltungen hat er ihm gemacht. „Es geht durch alle Zeitungen die Nachricht,“ so schreibt der König, „Du habest an hiesige Mitglieder des Abgeordnetenhauses die Aufforderung ergehen lassen, in ihrer Opposition gegen mich, meine Regierung und also namentlich gegen die pomme de discorde, die Militärorganisation, festzuhalten, weil dann der Sieg ihnen verbleiben werde. Ich muß Dich auf das bestimmteste auffordern, mir zu erklären, ob Du wirklich im angegebenen Sinne Dich gegen Mitglieder meines Abgeordnetenhauses ausgesprochen hast. Ist es der Fall gewesen, so vermag ich ein solches Beginnen nicht mit Deiner persönlichen Stellung zu mir, am wenigsten aber mit Deiner Stellung in meiner Armee zu vereinigen. Jeder Offizier, der der aktiven Armee angehört, würde über dergleichen Ansichten zur Verantwortung gezogen werden. Das kann ich bei Dir nicht eintreten lassen, aber meiner Armee bin ich es schuldig, zu wissen, wie ein Souverän Deutschlands, der in der preußischen Armee Chef eines Regiments ist, über dieselbe und ihre Organisation denkt und ob er wirklich gesonnen ist, dieselbe gegen den Willen seines Königs zu ruinieren.“ In ausführlicher Weise und in gewundenen Ausdrücken entschuldigte sich Ernst der Zweite; aber seinen Standpunkt hat er nicht geändert, nur vorsichtiger ist er geworden.

In den Memoiren Ernst des Zweiten heißt es zwar: „So half das Schicksal den rechten Mann an die Spitze der Geschäfte zu bringen, von dem man wußte, daß er vor kleinen Rücksichten nicht zurückschreckte“, und gleich darauf: „Ich bin glücklich, die Zeit erlebt zu haben, wo jeder Deutsche sich freudig dazu bekennt, den 9. Oktober 1862 als einen Gluckstag in seiner Geschichte anzusehen.“ Damals aber hatte sich der Herzog noch nicht zu dieser objektiven Höhe der Beurteilung emporgeschwungen. Rudolf Genee, der in jener Zeit Redakteur der Koburger Zeitung war, versichert, der Herzog sei über die Ernennung Bismarcks aufs äußerste bestürzt, beunruhigt, ja erbittert gewesen. Er bekam mehrfach Winke, gegen die verruchte Bismarcksche Politik zu schreiben. Dazu stimmen die leidenschaftlichen Angriffe des Nationalvereins auf Bismarck. Noch am 14. Mai 1866 schleuderte der Nationalverein in einem flammenden Protest seinen Fluch auf das Haupt Bismarcks, des Urhebers des deutschen Krieges. Aber es blieb bei den Resolutionen, bei der nationalen Entrüstung, bei

den schönen Phrasen. Der Herzog von Koburg war doch nur ein geschickter politischer Regisseur. Zum Glück für Deutschland fehlte ihm der kraftvolle Wille zur Tat. So konnte Bismarck nicht ohne Behagen auf den Hexenkessel herabsehen, in dem die verschiedensten Gefühle und Pläne mehr oder minder klar durcheinander wogten.

Zimmerhin haben Ernst der Zweite und seine Freunde zur Verlängerung des Verfassungskonfliktes in Preußen nicht unwesentlich beigetragen und durch Anregung und Steigerung der Opposition des Kronprinzen die Lage zeitweise sehr verschärft. Denn nach dem Tode seines Bruders hielt der Herzog sich für berechtigt und verpflichtet, das kronprinzliche Paar politisch zu beraten. Er begnügte sich nicht damit, daß die Umgebung der jungen Herrschaften, wie wir gesehen, durchaus von ihm abhängig war; er übersandte vielmehr dem Kronprinzen zahlreiche Briefe und Memoires, in denen er seine bismarckfeindliche Anschauung klar genug zum Ausdruck brachte. Da die Kronprinzessin in dem Onkel Ernst eine politische Autorität verehrte, war die Wirkung dieser Denkschriften auch beim Kronprinzen eine große. Den König freilich, für den sie mit berechnet waren, haben sie in seiner Stellung zu Bismarck nicht wankend gemacht. Er hatte mit seinem klaren Verstand die politische Zerrissenheit seines fürstlichen Freundes gründlich durchschaut, und köstlich sind die Randglossen, mit denen er dessen Ausführungen begleitete.

Für einen besonders wirkungsvollen Schritt, um das Ministerium Bismarck zu erschüttern, hat Ernst der Zweite unzweifelhaft seinen erfolgreichen Versuch gehalten, Österreich zu einem energischen Vorgehen in der deutschen Frage anzuspornen. Zugleich im Namen zahlreicher Freunde wies er in Wien darauf hin, daß für Österreich der Zeitpunkt, die große nationale Tat des Einigungswerkes auf sich zu nehmen, jetzt besonders günstig sei. Unzweifelhaft hat diese Vorstellung den Plan des österreichischen Kabinetts, eine Fürsterversammlung einzuberufen, bei der auf dem Wege persönlicher Verhandlungen eine Bundesreform, natürlich unter österreichischer Vorherrschaft, erreicht werden sollte, wesentlich beeinflusst. In der österreichischen Regierung, die ein fanatischer Haß gegen Preußen wegen seines Verhaltens im Jahre 1859 beseelte, hielt man auf Grund dieser und ähnlicher Eröffnungen den Zeitpunkt für gekommen, die Politik und Stellung Preußens und vor allem auch den König Wilhelm demütigen zu können. Durch eine Überrumpelung des Königs in Gastein, wo Franz Joseph die Einladung zum Fürstentag persönlich übermittelte, glaubte man seine Erklärung, daß er erscheinen werde, am schnellsten und sichersten zu erreichen. Doch der König antwortete unverbindlich, und nun warf Bismarck seinen ganzen Einfluß in die Waagschale, den König fernzuhalten. Damals hatte die Stellung des Ministers eine starke Belastungsprobe durchzumachen. Der Kronprinz, der nach Gastein berufen wurde und unterwegs mit dem Herzog von Koburg konferierte, trat für den Besuch des Kongresses ein. Die fürstlichen Damen und die badischen Herrschaften schlossen sich dem Drängen

an. Schließlich traf trotz der schriftlichen Ablehnung des preußischen Königs Johann von Sachsen in Baden ein — wo Wilhelm der Erste nach Beendigung der Gasteiner Kur weilte — um ihn durch persönliche Beeinflussung zur Reise nach Frankfurt zu bewegen. „Dreißig Fürsten als Einlader, ein König als Kabinettskurier, wie kann man da ablehnen?“ rief damals der König aus. Doch Bismarck schloß seine Vorstellungen mit der Erklärung: Wenn der König befehle, würde er mit nach Frankfurt gehen, aber nicht mehr als Minister, sondern als Schreiber. Nach hartem Kampfe schrieb der König die ablehnende Antwort. Als Bismarck sie persönlich übergeben und sich hinter dem Sachsen die Türe geschlossen hatte, zerschmetterte Bismarck mit der abgerissenen Türklinke einen auf dem Tisch stehenden Teller mit Gläsern. „Ich mußte etwas zerstören“, rief er, „jetzt habe ich wieder Atem.“

Die Königin Viktoria und mit ihr die Kronprinzlichen Herrschaften, die damals auf dem Kallenberg und der Rosenau bei Koburg wohnten, sahen in dieser Weigerung das Signal für den Untergang Preußens, ja vielleicht der Dynastie. Am 29. August, während der Verhandlungen in Frankfurt, schrieb die englische Königin an Herzog Ernst: „Nach dem, was ich höre, muß ich glauben, daß die Stellung Preußens immer schlimmer wird, und ich fürchte, daß es im Schoße der Fürstenversammlung wenige Stimmen haben wird, die seine Interessen wahren werden. Um so mehr wollte ich Dich bitten, soviel es in Deiner Macht steht, eine Schwächung Preußens zu verhindern, gegen die sich mein Gefühl nicht allein der Zukunft unserer Kinder wegen sträubt, sondern die auch sicher gegen das Interesse von Deutschland sein würde, und ich weiß, daß unser teurer Engel Albert ein starkes Preußen immer als eine Notwendigkeit ansah.“ Als der österreichische Kaiser ihr nach Schluß des Kongresses im Koburger Residenzschloß seine Aufwartung machte, sagte sie ihm viel Schmeichelfhaftes über die Art, wie er die Geschäfte geführt, und fügte hinzu, die mütterliche Sorge für ihre Kinder mache es ihr zur Herzensangelegenheit, dem Kaiser dieselben zu empfehlen. Unter allen Umständen hoffe sie das eine, daß er die Stellung und die Rechte ihrer teuren Kinder in Berlin niemals beeinträchtigen lassen werde.

In Wirklichkeit war damals Bismarck fast über den Berg. Wie so manchmal in späterer Zeit hatten ihm seine Gegner durch ihre Anschläge den Weg zur Höhe gebahnt. Das negative Ergebnis der Verhandlungen des Frankfurter Kongresses bewies, daß auf friedlichem Wege eine Lösung der deutschen Frage aussichtslos sei. Mit tiefer Verstimmung blickte man in der österreichischen Staatskanzlei auf die Frankfurter Lage und ihre Enttäuschungen zurück. Diese Verstimmung trug dazu bei, Bismarcks genialste politische Tat gelingen zu lassen, nämlich Österreich unter dem preußenfeindlichen Minister Rechberg über Nacht zu einer grundsätzlichen Schwenkung seiner Politik zu veranlassen, in der Weise, daß es sich von den süddeutschen Demokraten und Regierungen loslöste und sich in der Behandlung der schleswig-holsteinischen

Successionsfrage Preußens diplomatischer Führung überließ. Der Gedanke: „wir wollen einmal diesen Kleinen zeigen, daß uns die Verbindung mit Preußen jeden Tag möglich und daß ihre politische Weisheit von der dritten Großmacht im Bunde, die dazu bestimmt sei, die Waagschale zwischen den beiden Großmächten zu halten, törichtes Gerede ist“, mag unter den Motiven dieses Bündnisses eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Zwei Monate nachdem die Königin Viktoria und die Kronprinzlichen Herrschaften wegen der Isolierung Preußens so trüb in die Zukunft gesehen, war es Bismarck gelungen, das so gefürchtete Österreich als Bundesgenossen zu gewinnen. Daneben konnte er sich auf die Freundschaft Rußlands und Frankreichs verlassen. Napoleon hatte, besorgt über den ehrgeizigen Vorstoß der österreichischen Politik, den er in der Berufung des Fürstentages zu erkennen glaubte, die kühle Behandlung Preußens wegen seiner Haltung beim polnischen Aufstand mit liebenswürdigem Entgegenkommen vertauscht. Im Laufe eines Jahres hatte sich Bismarck ein gediegenes Fundament geschaffen, auf dem er weiter bauen konnte.

So gehört das Jahr 1862/63 zu den entscheidendsten in seinem politischen Leben. In späteren Jahren sind die Erfolge sichtbar hervorgetreten; aber ohne das besonnene und energische Handeln, ohne das zähe und mutige Aushalten Bismarcks in seinem ersten Ministerjahr hätten sie nie reifen können. Feinde waren ja auf der ganzen Linie: Die Majorität des Abgeordnetenhauses, die Königin, das Kronprinzliche Paar und die öffentliche Meinung. Dabei der Gegensatz Englands und der scharfe Vorstoß der österreichischen Politik zur Wiedergewinnung der ersten Stelle in Deutschland. Seine Anhänger im eigenen Lande waren zu zählen; unter den Großmächten konnte er sich bis in den Herbst 1863 hinein nur auf Rußland verlassen, dessen Kräfte durch den polnischen Aufstand in Anspruch genommen waren. Und dennoch kein Schwanken! Inmitten der leidenschaftlichen Angriffe, der drohenden Gefahren eine eiserne Ruhe, ein entschlossenes Handeln!

Doch fast möchte man fragen, ob nicht der König in diesem wichtigen Jahre noch größer erscheint. Die eigene Gattin, der eigene Sohn, die früheren politischen Freunde stehen im anderen Lager. Die Mehrheit seines Volkes haßt die von ihm eingesetzte und gestützte Regierung, und doch hält er seinem Minister, dem er persönliche Sympathien nicht entgegengebracht hat, die Treue, nur aus dem Grunde, weil er ein Aushalten für nötig hält im Interesse Preußens. Wilhelm der Erste hat es also nicht nur verstanden, die richtigen Männer an den richtigen Platz zu setzen. Er hat selbst mitgestritten, und besonders schwere Seelenkämpfe sind ihm zugemutet worden. An dem endgültigen Sieg hat er den reichsten Anteil.

Nicht bloß in diesem Jahre, sondern bis an sein Lebensende hat er treu zu seinem Minister gestanden. Weniger treu sind Bismarck die fürstlichen

Gegner aus dem ersten Jahre seines Ministeriums gewesen. Zwar die Königin und Kaiserin hat aus ihrer Abneigung gegen Bismarcks Person und Politik auch nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs kein Fehl gemacht. Doch der Kronprinz und der Herzog von Koburg haben im Jahre 1866, als die Tatsachen Bismarck Recht gegeben hatten, ihre scharfe Opposition eingestellt. Es war ein großer Triumph für Bismarck, als seine bisherigen fürstlichen Gegner in Nikolsburg seiner Auffassung über den Umfang und die Art der Gebietsabtretungen dem Standpunkt des Königs gegenüber zum Siege verholfen.

Noch einmal sollten fürstliche politische Gegner im Leben des großen Staatsmannes eine bedeutungsreiche und verhängnisvolle Rolle spielen. Im letzten Jahre seiner Tätigkeit als Reichskanzler wurde von fürstlichem Munde das Wort geprägt: „Es kommt jetzt darauf an, ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren soll.“ Der alte Kaiser würde sich über diesen Ausspruch wie über so manchen ähnlichen hinweggesetzt haben; denn er vertraute Bismarck. Er sah auch darin keine Verletzung des monarchischen und dynastischen Gefühls, wenn sein Kanzler, gestützt auf eine langjährige Erfahrung und Erprobung, in manchen Angelegenheiten seine Anschauung mit aller Entschiedenheit durchzusetzen suchte. In entsagender Selbstverleugnung hatte er es gelernt, den königlichen Willen zu beugen unter das Wohl der Allgemeinheit. Auf den Enkel wirkte die schroffe Opposition des Kanzlers, die vielleicht zuweilen die gegebenen Grenzen nicht beachtete, verstimmend und verletzend. Denn das persönliche Vertrauensverhältnis, das zwischen dem alten Herrn und seinem treuen Diener bestanden und aus so mancher Feuerprobe gehärtet hervorgegangen war, konnte hier nicht vorhanden sein. So hatten fürstliche Gegner und andere unverantwortliche Ratgeber ein leichtes Spiel.

Es liegt eine gewisse Tragik in der Tatsache, daß erst ein politisches Leben, das wie selten eines mit glänzenden Erfolgen gekrönt war, vergehen mußte, ehe es Bismarcks Gegnern gelang, das Ziel zu erreichen, nach dem im ersten Ministerjahre des noch unerprobten Staatsmannes mit so heißem Bemühen vergeblich gerungen worden war.

